

# Aktivistische Rechtsarbeit – Für das Recht auf Rechte!

Mit der Neustrukturierung des Asylverfahrens befindet sich die asylrechtliche Rechtsberatung und -vertretung in einem Wandlungsprozess. Wichtige Fragen müssen neu gedacht werden: Was soll Rechtsarbeit künftig beinhalten? Welchen und wessen Interessen soll sie dienen? Und welche Bedeutung sollen darin die asylsuchenden Menschen – die Hauptakteure des Asylverfahrens – erhalten. Mit dem Konzept der «Aktivistischen Rechtsarbeit» will die Freiplatzaktion Zürich Position beziehen.

## **Ausgangslage – Neustrukturierung der Rechtsvertretung von asylsuchenden Menschen**

Ab März 2019 wird sich in der Schweiz das asylrechtliche Beratungssystem organisatorisch grundlegend verändern. In den sechs geplanten Bundesasylzentren erhält jeder asylsuchende Mensch zumindest während des Verfahrens beim Staatssekretariat für Migration (SEM) eine unentgeltliche Rechtsvertretung zugeordnet. Diese Rechtsvertreter\*innen werden künftig für zwei Drittel aller Asylverfahren zuständig sein – und damit die Rechtsvertretung von asylsuchenden Menschen grundlegend prägen.

Die Beobachtungen aus dem Testzentrum Zürich zeigen jedoch, dass das neue Rechtsvertretungs-System für asylsuchenden Menschen nicht nur von Vorteil ist. Vielmehr lassen sich darin gravierende Probleme erkennen. Diese lassen sich wie folgt charakterisieren: Die vom SEM vorgegebene «Taktung» (rigide Befolgung festgelegter Verfahrensschritte) verwandelt das Asylverfahren zu einer regelrechten Maschinerie, in der die Rechtsvertreter\*innen unter enormem Zeitdruck stehen. Da Zeit ein knappes Gut ist, müssen sie sich darin

auf das «Wesentliche» konzentrieren. Scheint in einem Fall der juristische Erfolg greifbar, wird möglichst viel Zeit investiert. Für Menschen hingegen, deren Fall aus juristischer Perspektive aussichtslos erscheint, kann nur wenig Zeit aufgewendet werden. Dabei stellen sich jedoch die folgenden Fragen: Kann unter dem enormen Zeitdruck der Taktung überhaupt zuverlässig zwischen juristisch aussichtsreichen und aussichtslosen Fällen unterschieden werden? Besteht nicht vielmehr die Gefahr, dass gewisse Menschen in dieser Maschinerie untergehen – gerade weil sie eben nicht mechanisch funktionieren?

Problematisch ist des Weiteren, dass die Rechtsvertreter\*innen dem SEM sowohl räumlich als auch zwischenmenschlich und organisatorisch sehr nahe stehen. Sie werden in eine Zusammenarbeit mit dem SEM eingebunden und in dieser Funktion zu Garant\*innen eines reibungslosen Ablaufs des Asylverfahrens. Doch wie lässt sich dadurch die Unabhängigkeit zur Asylbehörde sicherstellen? Und wie steht es unter diesen Voraussetzungen mit der Solidarität zu den asylsuchenden Personen? Schliesslich haben die Rechtsvertreter\*innen – auf staatliche Anordnung hin – in juristisch aussichtslos erscheinenden Fällen ihr Mandat niederzulegen. Es ist ihnen untersagt, Beschwerden einzureichen, die vom Bundesverwaltungsgericht mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit abgelehnt werden. Die Erfahrungen aus dem Testzentrum Zürich zeigen jedoch, dass die Einschätzungen der juristischen Aussichtslosigkeit von Fällen nicht selten falsch sind, beziehungsweise die Anforderung an das Kriterium des juristischen Erfolgs zu hoch angesetzt ist.

Daraus lässt sich folgern, dass sich das neue Rechtsvertretungs-System letztlich zum Nachteil vieler in der Schweiz um Asyl ersuchender Menschen auswirkt. Diesem neuen Paradigma der Rechtsvertretung will die Freiplatzaktion Zürich das Konzept der «Aktivistischen Rechtsarbeit» entgegen stellen.

## Aktivistische Rechtsarbeit – ein Definitionsversuch

Die Freiplatzaktion Zürich orientiert sich in ihrer Tätigkeit am Prinzip einer «Aktivistischen Rechtsarbeit». «Aktivistisch» ist Rechtsarbeit nach unserem Verständnis dann, wenn Menschen uneingeschränkten Zugang zu Rechtsarbeit erhalten, wenn Rechtsarbeiter\*innen sich mit den Klient\*innen solidarisieren und wenn Rechtsarbeit politisch ist. Aktivistische Rechtsarbeit setzt sich für das Recht auf Rechte ein – für alle Menschen unabhängig ihres Aufenthaltsrechtlichen Status.



### Aktivistische Rechtsarbeit ermöglicht uneingeschränkten Zugang

Aktivistische Rechtsarbeit ermöglicht uneingeschränkten Zugang zu rechtlicher Unterstützung. Sie stellt sich hinter das Recht von asylsuchenden Menschen, Rechte einzufordern – und zwar unabhängig von juristischen Erfolgchancen.

Das Recht, Rechte einzufordern umfasst auch die Eingabe von aus rechtlicher Sicht aussichtsloser Gesuche und Beschwerden. Asylsuchende Menschen sollen mit ihren Anliegen und Begründungen in jedem Fall an die Behörden gelangen können, wenn sie dies wollen. Denn aktivistische Rechtsarbeit solidarisiert sich mit den asylsuchenden Menschen und nicht mit den Behörden. In juristisch aussichtslosen Verfahren ist dabei Voraussetzung, dass die Betroffenen klar über die juristische

Chanceneinschätzung informiert werden. Aktivistische Rechtsarbeit muss, um effektiv in Anspruch genommen zu werden, so niederschwellig wie möglich erreichbar und bestenfalls unentgeltlich sein. Aktivistische Rechtsarbeit versucht ganz bewusst, sich Zeit für asylsuchende Menschen zu nehmen – sowohl im Rahmen der Beratung als auch für das Verfassen von Rechtsschriften. Denn Zeit ist eine wichtige Voraussetzung für qualitativ gute Rechtsarbeit.



### Aktivistische Rechtsarbeit ist solidarisch

Aktivistische Rechtsarbeiter\*innen orientieren sich in der konkreten Beziehung mit asylsuchenden Menschen – im Sinne einer solidarischen Grundhaltung – am Augenhöhe-Prinzips: Dies bedeutet, die Vorstellungen, Einschätzungen und Wünsche von asylsuchenden Menschen betreffend ihren (rechtlichen) Perspektiven bedingungslos zu respektieren und sich dafür einzusetzen – gerade auch dann, wenn sie den persönlichen Vorstellungen oder den juristischen Einschätzungen der Rechtsarbeiter\*in entgegenstehen. Denn aktivistische Rechtsarbeit anerkennt asylsuchende Menschen bedingungslos als Rechtssubjekte. Dabei sind aktivistische Rechtsarbeiter\*innen in vollem Bewusstsein, dass eine Beziehung auf Augenhöhe höchstens annähernd erreicht werden kann. Denn die Beziehung zwischen der rechtsarbeitenden und der asylsuchenden Person ist per se von einseitiger Abhängigkeit seitens der asylsuchenden Person geprägt: In der Regel verfügen vor allem die rechtsarbeitenden Personen über verwertbares juristisches Wissen. Zudem sehen sich asylsuchende Menschen, im Gegensatz zur rechtsarbeitenden Person, dazu gezwungen, höchstpersönliche Informationen offen zu legen, um eine

erfolgreiche juristische Beratung oder Vertretung zu ermöglichen. Letztlich ist die Beziehung auch durch grundlegende rechtliche, politische, sozio-ökonomische und sprachliche Ungleichheiten geprägt. Entscheidend soll sein, dass sich die Rechtsarbeiter\*innen im Bewusstsein dieser Ungleichheiten und der Unmöglichkeit, diese völlig überwinden zu können, unbeirrbar um Herstellung von Augenhöhe bemühen.

In der juristischen Tätigkeit bemüht sich solidarisches Handeln um das Verstehen von rechtlichen Sachverhalten. Verstehen setzt ein aufmerksames, interessiertes und offenes Zuhören voraus. Der verstehende Ansatz geht davon aus, dass jeder Mensch je nach sozio-ökonomischem, kulturellem oder geschlechtsspezifischem Hintergrund Dinge unterschiedlich wahrnimmt, Geschichten verschieden erzählt und es diesbezüglich kein Wahrheitsmonopol gibt. Verstehen beinhaltet deshalb, dass jeder Mensch aus einer bestimmten Logik heraus handelt und diese für sich nachvollziehbar und entsprechend zu würdigen ist.



### **Aktivistische Rechtsarbeit ist politisch**

Aktivistische Rechtsarbeit geht über die Rechtsberatung und das Verfassen von Rechtsschriften hinaus. Sie stellt ihre Tätigkeit stets in den Kontext politischer Realitäten.

Aktivistische Rechtsarbeiter\*innen stehen – gerade aufgrund ihrer Tätigkeit – in der Pflicht zur politischen Stellungnahme. Durch ihre juristische Arbeit nimmt sie nämlich teil am restriktiven und sich stetig verschärfenden Rechtssystem. In der Anwendung von Recht reproduziert sie ausschliessende Kategorien und riskiert sogar, selbst zur Verschärfung von Recht beizutragen. Deshalb trägt

aktivistische Rechtsarbeit auch Mitverantwortung am herrschenden Rechtssystem. Die rechtlichen Spielräume werden zudem immer kleiner. Gesetzesrevisionen, die ehemals wegen Verschärfungen bekämpft wurden, müssen in der nächstfolgenden Gesetzesrevision – wegen erneuter Verschärfung – verteidigt werden.

Vor diesem Hintergrund kann sich aktivistische Rechtsarbeit nie mit juristischer Arbeit allein begnügen. Politisches Handeln drängt sich auf.

Indem aktivistische Rechtsarbeiter\*innen die Mitverantwortung Europas an den Ursachen von Migration wahrnehmen und das Recht auf Migration anerkennen, fordern sie eine offene migrationspolitische Haltung. Aus Respekt vor dem Menschen und überzeugt von der Gleichwertigkeit der Menschen fordert aktivistische Rechtsarbeit die gleiche Geltung der Grundrechte für alle, anerkennt das Recht auf vollständige Teilhabe aller an der Gesellschaft und verlangt einen entsprechenden Abbau von rechtlichen, politischen und sozialen Barrieren.

Aktivistische Rechtsarbeiter\*innen beobachten die Handlungsstrategien der Asylbehörden und der politischen Akteur\*innen kritisch und verlangen von ihnen Rechenschaft ab. Sie bemühen sich um öffentliche Sensibilisierung und Aufklärung und versuchen, ihren rechtlichen und politischen Forderungen Gehör zu verschaffen. Dazu vernetzen sich aktivistische Rechtsarbeiter\*innen mit anderen rechtlichen, politischen und sozialen Akteur\*innen. Gemeinsam engagieren sie sich im Rahmen von politischen Kampagnen und für die Förderung einer zivilgesellschaftlichen Bewegung.